



Kanton Basel-Stadt

Gerichte Basel-Stadt

Jahresbericht 2022
Strafgericht

Jahresbericht 2022

Strafgericht

Inhalt

2 Vorwort

3 Tätigkeiten und Projekte

3 Entwicklung der Fallzahlen

5 Entwicklung bei
den einzelnen Sanktionen

6 Amtliche Verteidigungen

6 Administratives

7 Finanzielle Entwicklung

8 Statistik

8 Strafgericht

10 Einsprachen

12 Zwangsmassnahmengericht

15 Weitere wichtige Zahlen

Das Gericht für Strafsachen beurteilt erstinstanzlich von der Staatsanwaltschaft überwiesene Anklagen sowie Einsprachen gegen Strafbefehle der Staatsanwaltschaft. Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen sind das Schweizerische Strafgesetzbuch und die Schweizerische Strafprozessordnung sowie eidgenössische und kantonale Nebenstrafgesetze. Ausserdem entscheidet das Strafgericht als Zwangsmassnahmengericht über die Anordnung und Verlängerung von Untersuchungs- bzw. Sicherheitshaft sowie über Überwachungsmassnahmen (z.B. Telefonüberwachung). Die Präsidentinnen und Präsidenten lösen sich im jährlichen Turnus innerhalb der verschiedenen Abteilungen ab (ordentliches Verfahren, Einspracheverfahren und Zwangsmassnahmengericht).

Tätigkeiten und Projekte

Das 1. Quartal 2022 wurde dominiert von der 3. Pandemiewelle (Omikron-Welle), welche aufgrund der hohen Ansteckungszahlen nochmals zu einer Verschärfung der Situation geführt hat. Fälle, die aufgrund von Krankmeldungen haben verschoben werden müssen, haben in dieser Zeit nochmals spürbar zugenommen, was bei der Bearbeitung der Fälle im Berichtszeitraum zu einem höheren Arbeitsaufwand geführt hat. Mit der Aufhebung der besonderen Lage durch den Bundesrat am 1. April 2022 konnten schliesslich alle Pandemiemassnahmen wieder aufgehoben werden.

Entwicklung der Fallzahlen

Einleitend ist darauf hinzuweisen, dass unter einem *Fall* nicht zwingend ein Verfahren gegen eine einzelne Person zu verstehen ist, sondern dieser auch die Beurteilung von mehreren Personen umfassen kann. Entsprechend fällt in der Regel die Anzahl der beurteilten Personen deutlich höher aus als die Anzahl der beurteilten Fälle.

Im Jahr 2022 gingen im *ordentlichen Verfahren* 279 Fälle ein. Dies waren mehr als im Vorjahr, in welchem 260 Fälle eingingen. Der Umfang der eingegangenen Aktenordner ist ebenfalls erheblich angestiegen (2021: 901, 2022: 1269), was darauf schliessen lässt, dass im kommenden Jahr wieder vermehrt grössere Fälle zu beurteilen sein werden. In der Berichtsperiode abgenommen hat die Anzahl der beurteilten Personen (2021: 326; 2022: 270).

Im *Verfahren auf Einsprache* haben die Falleingänge abgenommen (2021: 798 Fälle; 2022: 513 Fälle). Auch wenn 2022 nicht ganz so viele Fälle haben erledigt werden können wie 2021 (2021: 778 Fälle; 2022 616 Fälle), hat die Anzahl der unerledigten Fälle dennoch nochmals erheblich gesenkt werden können (2021: 232; 2022: 129).

Anordnungen von Untersuchungs- und Sicherheitshaft haben 2022 gegenüber dem Vorjahr zugenommen (Untersuchungshaft: 2021 177 Anordnungen, 2022 213 Anordnungen, Sicherheitshaft: 2021 65 Anordnungen; 2022 72 Anordnungen). Entlassungen aus der Haft haben im Berichtsjahr erneut abgenommen (2021 25 Entlassungen; 2022 11 Entlassungen). Kaum abgenommen haben die Anträge auf Erteilung von *Bewilligungen für Überwachungsmassnahmen* (2021 115; 2022 114 Verfahren). Die Anzahl der zu beurteilenden Entsiegelungsgesuche ist 2022 mit 50 Fällen erneut erheblich und spürbar angestiegen (2021 37 Gesuche). Auch wenn bei einem Teil dieser Gesuche ein Rückzug erfolgte, so war die damit verbundene Arbeitsbelastung im Bereich Zwangsmassnahmengerecht dennoch sehr gross, zumal die Entsiegelungsgesuche in der Regel eine grosse Menge an Akten bzw. Daten betreffen.

Die blossen Fallzahlen eignen sich allerdings sowohl bei den ordentlichen Verfahren als auch bei den Verfahren auf Einsprache nur bedingt, um die *Entwicklung der Arbeitsbelastung des Gerichts* nachzuvollziehen. Ein klareres Bild ergibt sich, wenn zusätzlich die Anzahl der Sitzungshalbtage berücksichtigt wird. An deren Zahl wird der Zeitaufwand für die Verhandlungen deutlich, der für die Beurteilung der Verfahren innerhalb eines Jahres erforderlich war. Trotz der Zunahme der Falleingänge waren bei den ordentlichen Verfahren im Berichtszeitraum etwas weniger Sitzungshalbtage zu verzeichnen (ordentliches Verfahren: 2021 579 Halbtage; 2022 522 Halbtage). Der Rückgang in diesem Bereich mag auch darauf zurückzuführen sein, dass im 1. Quartal Gerichtsverhandlungen des Öfteren pandemiebedingt haben verschoben werden müssen, was zusätzlichen Aufwand mit sich gebracht hat. Trotz zurückgehender Fallzahlen im Bereich der Einspracheverfahren und einer geringeren Anzahl erledigter Einsprachefälle sind die Sitzungshalbtage, die hierfür haben aufgewendet werden müssen, dennoch spürbar angestiegen (Einspracheverfahren: 2021 164 2022 177 Halbtage). Dies spricht dafür, dass die zu beurteilenden Fälle komplexer waren und zur Bearbeitung mehr Zeit in Anspruch genommen haben.

In der Berichtsperiode sind spürbar mehr Strafgerichtsfälle als im Vorjahr eingegangen. Bei den Einsprachefällen sind die Eingänge nach einem starken Anstieg im Vorjahr zurückgegangen. Ebenfalls erheblich angestiegen ist die Anzahl der Akten-Bände, die es bei den Strafgerichtsfällen zu bearbeiten galt. Während es 2021 noch 901 Bände waren, stieg die Anzahl der eingehenden Bände 2022 auf 1269. Dies und die Tatsache, dass die Bearbeitung der Strafverfahren aufgrund der zu beachtenden Prozessformalien immer aufwendiger werden, hatte auf allen Ebenen, d.h. bei den Präsidien, den Gerichtsschreibern und den Kanzleien, eine grosse Arbeitslast zur Folge. Erheblich zugenommen hat die Arbeit auch im Bereich des Zwangsmassnahmengerichts, wobei die Bearbeitung der Entsiegelungsverfahren immer mehr Raum einnimmt. Im Vordergrund stehen hierbei die im Strafverfahren oft beschlagnahmten «Smartphones». Die mit der Triage solcher Daten verbundenen Arbeitsprozesse sind technisch komplex und die Entscheide sehr aufwendig in der Begründung. Die Belastung der Präsidien und der Gerichtsschreiber ist nach dem Gesagten gut im Auge zu behalten. Dass die Pendenzen im letzten Jahr nicht überhandgenommen haben, ist letztlich der Tatsache zu verdanken, dass wiederum zwei a.o. Gerichtsschreiber eingesetzt wurden. Da die Staatsanwaltschaft zur Bewältigung ihrer Pendenzen per 2023 nun mehr Personal bewilligt bekommen hat (8 Vollzeitstellen, wovon 2 Staatsanwälte), sieht sich das Strafgericht ebenfalls veranlasst, Anträge auf zusätzliches Personal zu stellen.

Entwicklung bei den einzelnen Sanktionen

Insgesamt überwogen im Berichtsjahr 2022, wie schon in den vorangegangenen Jahren, die *Freiheitsstrafen* (bedingte, teil- und unbedingte) mit 202 Verurteilungen. Die Anzahl der Verurteilungen zu Freiheitsstrafen bewegt sich damit leicht unter dem Niveau des letzten Jahres, in welchem in 227 Fällen eine Freiheitsstrafe ausgesprochen wurde. Diese Sanktionsart wurde in 99 Fällen unbedingt verhängt.

Gegenüber dem Vorjahr wieder etwas abgenommen hat die Anzahl der ausgesprochenen *bedingten, teil- und unbedingten Geldstrafen*. Hier sind bei den ordentlichen Verfahren und bei den Verfahren auf Einsprache 130 Verurteilungen ergangen, im Vorjahr waren es 142. Die Höhe der hierbei unbedingt ausgesprochenen Geldstrafen ist auf CHF 35'530.- zurückgegangen (2021 CHF 36'190.-). In mehr Fällen wurde 2022 zudem ausschliesslich eine Geldbusse verhängt (2021 69; 2022 97). Der grösste Teil der Verurteilungen zu einer Geldbusse erging in den Verfahren auf Einsprache. Die Summe der ausgesprochenen Bussen ist auf CHF 76'060.- (2021 CHF 98'840.-) zurückgegangen.

Anordnungen von *stationären Massnahmen* haben im Vergleich zum Vorjahr abgenommen (2021 7 Fälle 2022 5 Fälle), ambulante Massnahmen wurden in der Berichtsperiode nicht ausgesprochen (2021 4). 2022 wurde keine Verwahrung angeordnet.

Obligatorische Landesverweisungen wurden 2022 in 85 Fällen verhängt. 2021 wurde diese Massnahme noch in 89 Fällen angeordnet. Wieder zugenommen haben die Fälle, in denen eine nicht obligatorische Landesverweisung ausgesprochen werden musste (2021 10; 2022 15). In 31 Fällen wurde aufgrund eines Härtefalles auf eine Landesverweisung verzichtet (2021 19 Fälle).

Amtliche Verteidigungen

Trotz der steigenden Falleingänge im Bereich der ordentlichen Strafverfahren sind die Kosten für die amtlichen Verteidigungen bzw. Opfervertretungen etwas gesunken (2021 CHF 2'962'329 2022 CHF 2'678'420). Die Anzahl der unentgeltlichen Verteidigungen (2021 293 2022 271) wie auch die Anzahl der Opfervertretungen (2021 16; 2022 11) haben in der Berichtsperiode abgenommen.

Administratives

Die laufenden Geschäfte wurden durch sieben Präsidienkonferenzen, durch Zirkulationsbeschlüsse sowie durch den vorsitzenden Präsidenten und den Verwaltungschef erledigt.

Finanzielle Entwicklung

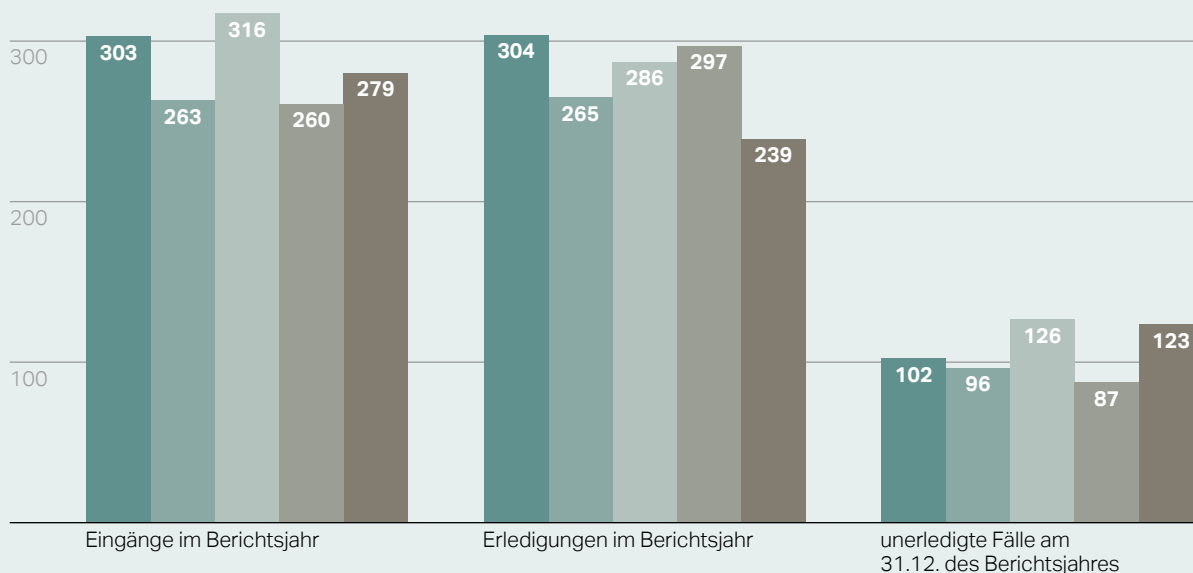
| Erfolgsrechnung in 1'000 Franken | 2021 | | 2022 | | Abweichung |
|--|------------------|------------------|------------------|---------------|--------------|
| | Rechnung | Budget | Rechnung | | R22/B22 |
| Personalaufwand | -9'470.6 | -9'805.9 | -9'596.4 | 209.5 | 2.1% |
| Sach- und Betriebsaufwand | -6'263.1 | -6'529.9 | -6'843.4 | -313.5 | -4.8% |
| Abschreibungen Kleininvestitionen | -26.8 | -26.9 | -26.8 | 0.1 | 0.4% |
| Betriebsaufwand | -15'760.5 | -16'362.7 | -16'466.6 | -103.9 | -0.6% |
| Entgelte | 1'866.7 | 1'579.0 | 1'558.5 | -20.5 | -1.3% |
| Betriebsertrag | 1'866.7 | 1'579.0 | 1'558.5 | -20.5 | -1.3% |
| Betriebsergebnis vor Abschreibungen | -13'893.8 | -14'783.7 | -14'908.1 | -124.4 | -0.8% |
| Abschreibung Grossinvestitionen | -80.5 | -80.0 | -80.5 | -0.5 | -0.6% |
| Abschreibungen | -80.5 | -80.0 | -80.5 | -0.5 | -0.6% |
| Betriebsergebnis | -13'974.3 | -14'863.7 | -14'988.6 | -124.9 | -0.8% |
| Finanzaufwand | -2.8 | -4.0 | -2.5 | 1.5 | 37.7% |
| Finanzertrag | 0.0 | 0.0 | 0.0 | 0.0 | n.a. |
| Finanzergebnis | -2.8 | -4.0 | -2.5 | 1.5 | 37.8% |
| Gesamtergebnis | -13'977.1 | -14'867.7 | -14'991.1 | -123.4 | -0.8% |

Statistik

Strafgericht

(ordentliches Verfahren)

Strafgerichtsfälle ■ 2018 ■ 2019 ■ 2020 ■ 2021 ■ 2022



| Fälle | 2022 | 2021 |
|---|------------|------------|
| Unerledigte Fälle per Ende Vorjahr | 87 | 126 |
| Im Berichtsjahr eingegangene Fälle (Aktenordner: 2020 1040, 2021 901) | 279 | 260 |
| Total | 366 | 386 |
| Erledigte Fälle im Berichtsjahr | 239 | 297 |
| → davon im abgekürzten Verfahren erledigt | (10) | (1) |
| Mit einem anderen Fall zusammengelegte Fälle | 4 | 2 |
| Unerledigte Fälle per Ende Berichtsjahr | 123 | 87 |
| Total | 366 | 386 |

| Verhandlungen | Anzahl Fälle | | Sitzungshalbtage | |
|------------------|--------------|------------|------------------|------------|
| | 2022 | 2021 | 2022 | 2021 |
| Einzelrichter/in | 117 | 114 | | |
| Dreiergericht | 108 | 162 | | |
| Kammer | 14 | 21 | | |
| Total | 239 | 297 | 522 | 579 |

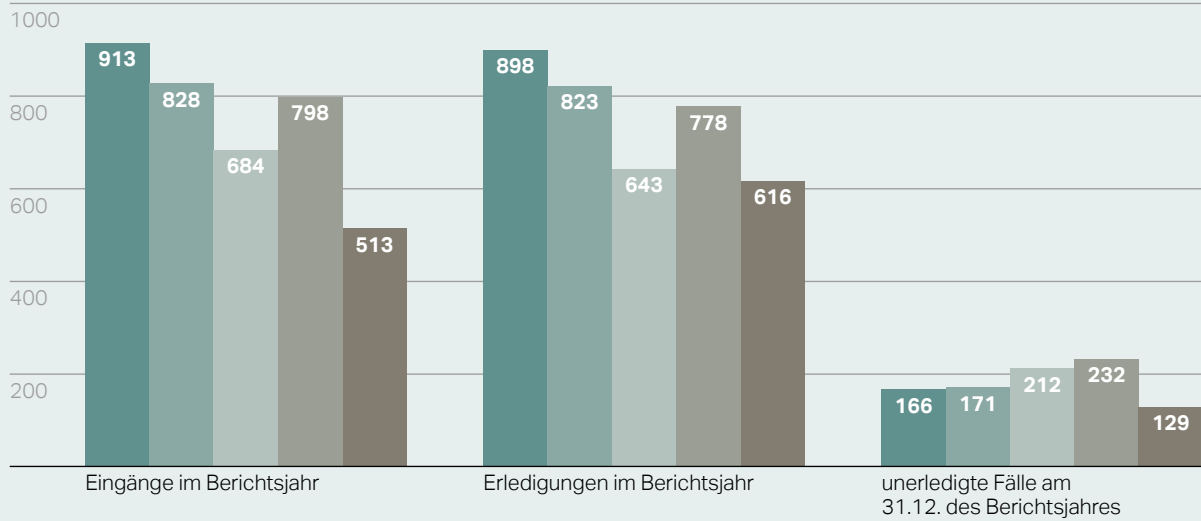
| Erledigungsarten | 2022 | 2021 |
|---|-------------|-------------|
| Bedingte Freiheitsstrafen | 77 | 92 |
| Teilbedingte Freiheitsstrafen | 21 | 26 |
| Unbedingte Freiheitsstrafen | 90 | 95 |
| Bedingte Geldstrafen | 40 | 45 |
| Teilbedingte Geldstrafen | 1 | 1 |
| Unbedingte Geldstrafen | 0 | 5 |
| Nur Bussen | 4 | 5 |
| Bedingte gemeinnützige Arbeit | 0 | 0 |
| Teilbedingte gemeinnützige Arbeit | 0 | 0 |
| Unbedingte gemeinnützige Arbeit | 0 | 0 |
| Umgangnahme von Strafe | 0 | 1 |
| Verzicht auf Ausfällung einer Zusatzstrafe | 0 | 0 |
| Stationäre Massnahmen | 5 | 7 |
| Ambulante Massnahmen | 0 | 4 |
| Verwahrung | 0 | 0 |
| Freisprüche | 23 | 31 |
| Einstellungen | 0 | 0 |
| Selbständige nachträgliche Entscheide | 9 | 14 |
| Total zur Beurteilung gekommene Personen | 270 | 326 |

| Landesverweisungen | 2022 | 2021 |
|--|-------------|-------------|
| Obligatorische Landesverweisungen (Art.66a Abs. 1 StGB) | 85 | 89 |
| → davon Wiederholungsfälle (Art. 66b StGB) | (4) | (2) |
| Nicht obligatorische Landesverweisungen (Art. 66a ^{bis} StGB) | 15 | 10 |
| Härtefälle (Art. 66a Abs. 2 StGB) | 31 | 19 |
| Absehen (Art. 66a Abs. 3 StGB) | 0 | 0 |
| Total | 131 | 118 |

| | | |
|--|-----|-----|
| Unentgeltliche Verteidigungen in den im Berichtsjahr beurteilten Fällen | 271 | 293 |
| Unentgeltliche Opfervertretungen in den im Berichtsjahr beurteilten Fällen | 11 | 16 |

Einsprachen

Einsprachefälle ■ 2018 ■ 2019 ■ 2020 ■ 2021 ■ 2022



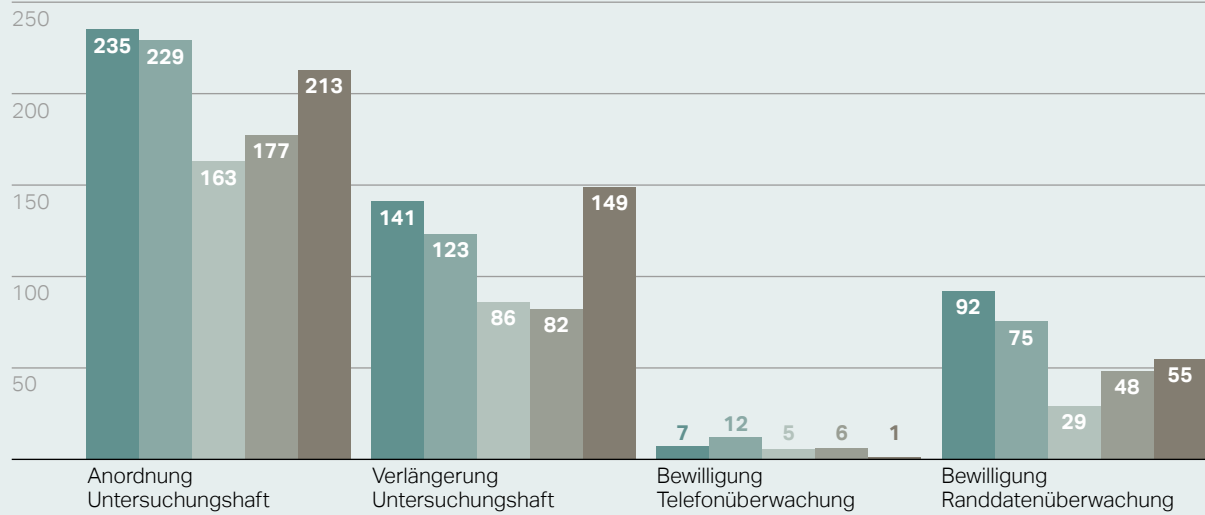
| Fälle | 2022 | 2021 |
|---|-------------|-------------|
| Unerledigte Fälle per Ende Vorjahr | 232 | 212 |
| Im Berichtsjahr eingegangene Fälle | 513 | 798 |
| Total | 745 | 1010 |
| Erledigte Fälle per Ende Berichtsjahr | 616 | 778 |
| Unerledigte Fälle per Ende Berichtsjahr | 129 | 232 |
| Total | 745 | 1010 |

| Sitzungshalbtage | 2022 | 2021 |
|-------------------------|-------------|-------------|
| Gesamt | 177 | 164 |

| Erledigungsarten | 2022 | 2021 |
|--|-------------|-------------|
| Bedingte Freiheitsstrafen | 5 | 3 |
| Unbedingte Freiheitsstrafen | 9 | 11 |
| Bedingte Geldstrafen | 72 | 87 |
| Teilbedingte Geldstrafen | 1 | 0 |
| Unbedingte Geldstrafen | 16 | 4 |
| Nur Geldbussen | 93 | 64 |
| Unbedingte gemeinnützige Arbeit | 0 | 0 |
| Umgangnahme von Strafe | 10 | 3 |
| Verzicht auf Ausfällung einer Zusatzstrafe im Jahr | 0 | 0 |
| Freisprüche | 75 | 118 |
| Einstellung, Abtretung usw. | 337 | 494 |
| Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen (Bussen) | 5 | 2 |
| Schriftlicher Kostenentscheid auf Einsprachen | 13 | 3 |
| Total zur Beurteilung gekommene Personen | 636 | 789 |

Zwangsmassnahmengericht

Zwangsmassnahmengericht ■ 2018 ■ 2019 ■ 2020 ■ 2021 ■ 2022



Untersuchung- / Sicherheitshaft

| | Mündliche Verhandlungen | | Schriftliche Verfahren | | Zusammenfassung | |
|--|----------------------------|------|---------------------------|------|-----------------|------|
| | 2022 | 2021 | 2022 | 2021 | 2022 | 2021 |
| Anordnung von Untersuchungshaft | 201 | 170 | 12 | 7 | 213 | 177 |
| Anordnung von Sicherheitshaft | 1 | 1 | 71 | 64 | 72 | 65 |
| Anordnung von Ersatzmassnahmen | 0 | 0 | 2 | 0 | 2 | 0 |
| Anordnung stationäre Begutachtung | | | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Verlängerung der Untersuchungshaft | 2 | 0 | 147 | 82 | 149 | 82 |
| Verlängerung der Sicherheitshaft | 1 | 0 | 16 | 15 | 17 | 15 |
| Entlassung aus Polizeigewahrsam | 9 | 19 | 0 | 1 | 9 | 20 |
| Entlassung aus Untersuchungshaft | | | 2 | 5 | 2 | 5 |
| Entlassung aus Sicherheitshaft | | | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Gutheissung Aufhebung von Ersatzmassnahmen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Verlängerung von Ersatzmassnahmen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Abweisung von Verlängerung von Ersatzmassnahmen | | | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Gutheissung Entlassungsgesuch | 1 | 1 | 1 | 0 | 2 | 1 |
| Teilweise Gutheissung Entlassungsgesuch | | | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Gutheissung Entlassungsgesuch und Abweisung Ver. U-Haft | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ablehnung Entlassungsgesuch | 13 | 4 | 21 | 6 | 34 | 10 |
| Ablehnung Entlassungsgesuch und Verl. U-Haft | 9 | 5 | 2 | 4 | 11 | 9 |
| Nichteintreten auf Entlassungsgesuch (Sperrfrist) | | | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Gutheissung Entsiegelung | 0 | 0 | 21 | 15 | 21 | 15 |
| Teilweise Gutheissung Entsiegelung | | | 6 | 9 | 6 | 9 |
| Abweisung Entsiegelung | | | 2 | 1 | 2 | 1 |
| Gutheissung Siegelung | | | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Rückzug Entsiegelungsgesuch | 0 | 0 | 21 | 12 | 21 | 12 |
| Überwachung der Bankbeziehung mit Bewilligung | 1 | 0 | | | 1 | 0 |
| Rückzug Antrag auf ANO U-Haft durch Staatsanwalt (schriftl. Verf.) | 0 | 0 | 9 | 1 | 9 | 1 |
| Total | 238 | 200 | 333 | 222 | 571 | 422 |

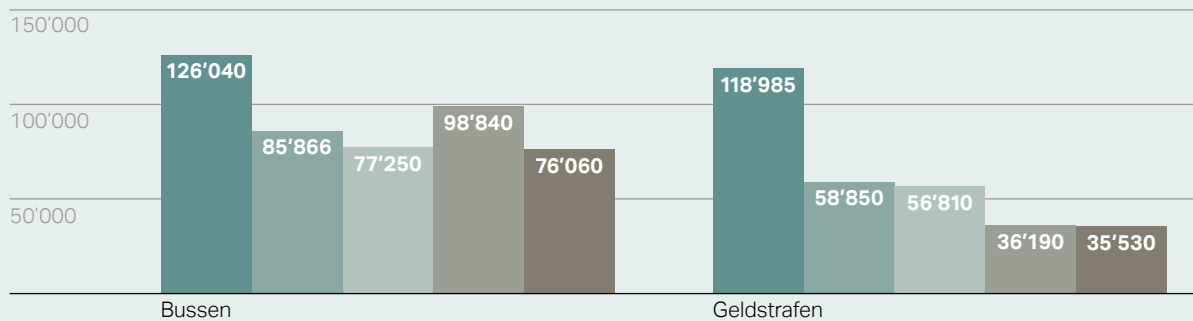
ANO U-Haft Anordnung Untersuchungshaft
 ANO S-Haft Anordnung Sicherheitshaft
 HV Hauptverhandlung
 vV bewilligt Vorläufiger Vollzug bewilligt

Bewilligung von Überwachungen etc.

| | 2022 | 2021 |
|---|-------------|-------------|
| Bewilligung betr. Post- und Telefonüberwachung usw. | 1 | 6 |
| Bewilligung betr. Verlängerung der Telefonüberwachung | 0 | 6 |
| Bewilligung betr. Überwachung mittels GPS | 20 | 27 |
| Bewilligung betr. Verlängerung von Überwachungen mittels GPS | 8 | 7 |
| Bewilligung betr. Einsätzen von V-Männern | 0 | 0 |
| Bewilligung betr. Verlängerungen von Einsätzen von V-Männern | 0 | 0 |
| Bewilligung betr. Randdatenerhebungen | 55 | 48 |
| Bewilligung betr. Standortbestimmung | 3 | 1 |
| Bewilligung betr. Videoüberwachungen | 5 | 6 |
| Bewilligung betr. Verlängerung der Videoüberwachung | 0 | 0 |
| Bewilligung betr. Audioüberwachung | 8 | 9 |
| Bewilligung betr. Verlängerung der Audioüberwachung | 2 | 0 |
| Bewilligung betr. Verwendung nachträglicher Erkenntnisse / Zufallsfunde | 1 | 0 |
| Bewilligung betr. Notsuche (Standortbestimmung) | 9 | 4 |
| Bewilligung betr. Anonymität | 0 | 0 |
| Gesuche Übrige (Geheimhaltung, Rückweisung, Abweisung) | 2 | 1 |
| Total | 114 | 115 |

Weitere wichtige Zahlen

Bussen und Geldstrafen in CHF ■ 2018 ■ 2019 ■ 2020 ■ 2021 ■ 2022



| Totalbeträge der ausgesprochen Geldbussen (in CHF) | 2022 | 2021 |
|---|---------------|---------------|
| a) durch das Strafgericht | 40'990 | 63'680 |
| b) im Einspracheverfahren | 35'070 | 35'160 |
| Total | 76'060 | 98'840 |

| Totalbeträge der ausgesprochenen unbedingten Geldstrafen | 2022 | 2021 |
|---|---------------|---------------|
| a) durch das Strafgericht | 17'950 | 14'990 |
| c) im Einspracheverfahren | 14'580 | 21'200 |
| Total | 35'530 | 36'190 |

Ausgerichtet wurden

| | | |
|--|-----------|-----------|
| a) Unentgeltliche Verteidigungen / Opfervertretungen | 2'678'421 | 2'962'329 |
| b) Parteienschädigungen | 358'850 | 283'724 |

Strafgericht Basel-Stadt
Der Vorsitzende Präsident
Dr. iur. René Ernst